

Friede und Wechsel im Mittelmeerraum – Frauen ergreifen die Initiative

Bericht über das internationale Projekt „Peace and Change in the Euro-Mediterranean - Women Taking Action“ sowie die gleichnamige Konferenz, von Sabine Kroissenbrunner

6.-9. Oktober 2000

Im Januar 2000 wurde im Bruno Kreisky Forum ein internationales Projekt unter dem Titel „Peace and Change in the Euro-Mediterranean - Women Taking Action“ ins Leben gerufen. Das langfristig angelegte Projekt will im Hinblick auf die Euromediterrane Partnerschaft und die Barcelona-Erklärung von 1995 einen konstruktiven Beitrag zur Konfliktlösung in der Mittelmeerregion leisten.

Entwickelt wurde und wird das Projekt von der so genannten „Euromed Core Group“, einem Kernteam von zehn bis fünfzehn Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen aus Europa, den Mittelmeerländern, die nicht der EU angehören, und den USA. Diese Gruppe gemeinsam mit ihren globalen Netzwerken bildet gewissermaßen den Motor und entwickelt Strategien und Ideen zur Umsetzung konkreter Teilprojekte.

Die Mitarbeiterinnen der Euromed Core Group gehen davon aus, dass Konfliktprävention und Konfliktlösung sowie ein nachhaltiger Frieden trotz der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt in der Region möglich und „machbar“ ist. Eine wesentliche Referenz dafür ist die „Euromediterrane Identität und BürgerInnenschaft“, die in Umsetzung der Ziele der Barcelona-Erklärung entstehen soll. Möglichkeiten und Chancen für eine nachhaltige Konfliktlösungsstrategie und zivile, gesellschaftliche Friedenssicherung sieht das Projekt jedoch vor allem dann gegeben, wenn dem politischen und sozialen Status sowie den Rechten der Frauen weit größere Wichtigkeit beigemessen werden, als dies derzeit im politischen Rahmen des Barcelona-Prozesses der Fall ist.

Ziel des Projektes ist es einen Beitrag zu leisten, internationale Akteure, Staaten, Regierungen und internationale Organisationen davon zu überzeugen, dass die Förderung und der Schutz von Frauenrechten und die Verbesserung der Situation von Frauen zu den wichtigsten Voraussetzungen für Stabilität, Demokratisierung und nachhaltigen Frieden sind. Weiters soll dieses Projekt dazu beitragen, die genannten nationalen und internationalen Akteure auch zu einer Umsetzung von Strategien zur Erfüllung dieser Ziele zu motivieren.

Zu den wichtigsten unmittelbaren Zielsetzungen des Projekts „Peace and Change in the Euro-Mediterranean“ gehören jedoch auch, die Wahrnehmung und Anerkennung von bereits

existierenden und erfolgreich tätigen Initiativen von Frauen zu fördern und sie auf diese Weise zu unterstützen. Frauen leisten in den unterschiedlichen Phasen von Konflikten, dem Konfliktmanagement und der zivilen Friedensschaffung wichtige Beiträge bzw. gestalten diese Prozesse maßgeblich mit. Das Projekt ist bestrebt, die Sichtbarkeit dieser Aktivitäten zu erhöhen um darüber hinaus zu gewährleisten, dass die Erfahrungen von Frauen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Ebenen in offizielle und informelle Maßnahmen nationaler, regionaler und internationaler Konfliktbewältigung Eingang finden.

Maßgabe für die Planung und die einzelnen Teilprojekte ist die Auffassung, dass Frauen bei all der Unterschiedlichkeit von Konflikten ihre Durchsetzungsmöglichkeiten durch den Austausch von Erfahrungen und die Erfahrung von Solidarität vervielfachen können.

Als wichtige Grundlage für eine Verstärkung der politischen Rolle von Frauen bietet das Projekt „Peace and Change in the Euro-Mediterranean - Women Taking Action“ daher Forscherinnen und Aktivistinnen aus der Mittelmeerregion ein Forum, in und mit dem interdisziplinäre, multiperspektivische Arbeit über Konfliktforschung, „peace building“ (zivile Friedensschaffung und –bewahrung) und „gender“ gefördert werden soll. Dies dient der gegenseitigen Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch; ebenso der Entwicklung von Strategien für eine effiziente und anhaltende Umsetzung von Konfliktlösungsmodellen, die den sozialen und politischen Bedingungen in der Region entsprechen.

Das Projekt hat dabei folgende Agenda:

1. Die Erarbeitung einer Plattform, in und mit der eine effektivere und kohärente Wahrnehmung und Berücksichtigung einer geschlechtsspezifischen Perspektive im euromediterranen Prozess erreicht werden kann.

In der Barcelona-Erklärung haben sich die Regierungen verpflichtet, die Euromediterrane Region in eine „Region des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands“ zu verwandeln. Schon mehrfach haben Menschenrechtsorganisationen angesichts der systematischen und weit verbreiteten Verletzung der Menschenrechte in vielen Ländern der Mittelmeerpartnerschaft eine Vernachlässigung, ja sogar mutwillige Missachtung der Barcelona-Erklärung konstatiert (so zuletzt auf der Konferenz Von Stuttgart nach Marseille, 21-22.10.2000, Stuttgart).

Was die Situation und Rechte der Frauen betrifft, so werden sie in der Barcelona-Erklärung nicht explizit eingefordert. Eingefordert worden sind im Arbeitsprogramm der Barcelona-

Erklärung neben den Menschenrechten elementare soziale Rechte für die Bevölkerung. Die Vernachlässigung der Frauenrechte steht in einem drastischen Missverhältnis zu der Situation der Frauen, die immerhin rund 50% der Bevölkerung ausmachen. Entsprechend der Peking+5 Bilanz ist auch in den Mittelmeerländern eine zunehmende wirtschaftliche Marginalisierung und Verarmung von Frauen sowie eine Fortdauer der Gewalt gegen sie zu beobachten; nach wie vor sind sie in vielen südlichen und südöstlichen Mittelmeerstaaten weit davon entfernt, ihre staatsbürgerlichen Rechte in vollem Umfang oder auch nur teilweise in Anspruch nehmen zu können.

Das Projekt "Peace and Change" versucht einerseits, der Wahrnehmung von Frauen als in erster Linie „soziale Kategorie“ entgegen zu treten. Frauen, so versucht diese Initiative für alle Konfliktregionen des Mittelmeers zu zeigen, spielen eine zentrale Rolle innerhalb der Zivilgesellschaft. Sie sind damit auch eine „politische Kategorie“. Ihre Erfahrungen müssen daher verstärkt Teil von Strategien zur Konfliktlösung in offiziellen Gremien, Organisationen und Verhandlungen werden. Die Plattform dient dem Aufbau und der Koordinierung von Expertise.

2. Die Einbeziehung von Frauen aus der Region als politische Akteurinnen und Beraterinnen im euromediterranen Prozess.

Eng mit dem ersten Anliegen in Verbindung steht ein weiteres Ziel des Projekts, nämlich die Erfahrungen und Sichtweisen von Frauen in den politischen Prozess einfließen zu lassen und dadurch neue Perspektiven für Konfliktanalyse und -lösung zu eröffnen.

Trotz restriktiver Bedingungen, die ihren Aktionsraum einschränken, sind Frauenorganisationen während der letzten Jahrzehnte wichtige zivilgesellschaftliche Akteure im südlichen und südöstlichen Mittelmeerraum geworden. Es gibt unzählige Frauenorganisationen in den betreffenden Regionen, sie stellen geradezu Herz und Motor der Friedensarbeit dar: Frauen, die an der Basis und zwischen den Konfliktlinien Friedensarbeit leisten (wie Women in Black in Israel, Zene Zenema -Women to Women - in Bosnien). Ferner Journalistinnen, Frauen die sich in internationalen Organisationen mit speziellen Problematiken der Region befassen oder in wissenschaftlichen Institutionen mit Konfliktanalyse und Konfliktlösung befasst sind. Bisher werden die Potenziale und Erfahrungen dieser Frauen im politischen Prozess der euromediterranen Partnerschaft nicht anerkannt und konstruktiv genutzt.

Das Projekt möchte einen Beitrag zum "Gender mainstreaming", die strategische Integration von geschlechtsspezifischen, also auch frauenspezifischen Anliegen in alle Bereiche der internationalen Politik leisten, die global verstärkt werden muss.

3. Den Aufbau eines „Competence Centre for Promoting Peace and Preventing Violence“ (Kompetenzzentrum für Friedensförderung und Gewaltvermeidung), eines praxisorientierten Instituts, das Konfliktforschung und capacity-building aus geschlechtsspezifischer/gender Perspektive betreibt.

Das Kompetenzzentrum soll in Zukunft einerseits dem capacity building, also der strategischen Fort- und Weiterbildung, von politischen Akteurinnen aus der Euro-Med Region durch Vernetzung, Erfahrungsaustausch, Training in Verhandlungsführung und Strategie dienen. Der Mehrwert dieser Institution soll darin liegen, bereits bestehende Initiativen auf diesem Gebiet (etwa der EU, UN, OSCE, u.a.) zielgerichtet zu vernetzen und bedarfsorientiert für die Euro-Med Region einzusetzen, d.h. sie den Frauen und AkteurlInnen vor Ort zugänglich zu machen.

Vom 6.-9. Oktober 2000 fand im Rahmen des Projekts „Peace and Change in the Euro-Mediterranean - Women Taking Action“ eine gleichnamige erste internationale Konferenz im Bruno Kreisky Forum in Wien statt. Sie ermöglichte eine Bestandsaufnahme sowie einen Erfahrungsaustausch im Hinblick der im Vorangegangenen formulierten Ziele. Es waren etwa 50 TeilnehmerInnen eingeladen, deren gemeinsamer Nenner das Engagement für die Umsetzung der Menschenrechte sowie der vollen staatsbürgerlichen Rechte ist. Alle Beteiligten hatten profunde Erfahrung in internationaler Zusammenarbeit. Die Mehrzahl der Beteiligten stammten aus dem Mittelmeerraum, aber auch aus anderen Regionen, die durch ethnische und nationale Konflikte gehen oder gegangen sind: Südafrika, Burundi, Indien, Pakistan, Nordirland. Als Ehrengäste zur Eröffnung der Konferenz geladen waren Sibongile Sigodi (Acting Commissioner für die Wahrheits- und Wiederversöhnungskommission, Südafrika) aus Palästina Zahira Kamal (Direktorin für Gender-Planung und Entwicklung im Ministerium für Planung und internationale Kooperation der Palästinensischen Autorität). Anwesend war auch Andreas Strub (Sekretariat des Rates der Europäischen Union), der im Beratungsstab des außenpolitischen Beauftragten der EU, Javier Solana, für den Mittelraumraum zuständig ist.

Mitarbeiterinnen folgender internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Konfliktforschungsinstituten waren anwesend: Euromediterranean Human Rights Network, Heinrich Böll Institut in Israel, Canadian International Development

Research Center/Gizeh, Tampere Peace Research Institute, World Conference of Religion and Peace, European Union MEDA-Team.

Mitarbeiterinnen folgender praxisnaher, feministischer und/oder grenzüberschreitend bzw. bi-kommunale Friedensinitiativen: Movement toward Secularisation/Libanon , National Movement for the Implementation of a Civil Personal Status Law/Libanon, St. Egidio Gemeinde/Rom, Ulster People´s College/Nordirland, Pakistan-India People´s Forum for Peace and Democracy, General Union of Palestinian Women, Women under Muslim Law; Women of the Mediterranean, Peking Platform for Action, Rassemblement Algérie des Femmes Democrates, Association for the Defence and Promotion of Women´s Rights (Algerien), Women in Security, Conflict Management and Peace WISCOMP/India), Fraueninitiativen aus Burundi und Nigeria, Zene Zenema (Bosnien).

Dazu kamen Wissenschaftlerinnen mit Schwerpunkten Gender-Studien, Feminismus, Euromediterrane Politik, Konfliktforschung, Sozialanthropologie, Globalisierung, Multikulturalismus, Europäische und Islamische Geschichte und Religion.

Die Konferenz war entsprechend der entscheidenden politischen Phasen eines Konflikts in vier Hauptteile strukturiert:

1. Pre-conflict situation and conflict prevention (Prä-Konflikt Situation und Konfliktprävention)
2. Conflict escalation (Konflikteskalation)
3. Transition from conflict to „ceasefire“, peace processes and peace accords (Übergang vom - bewaffneten – Konflikt zum Waffenstillstand und Friedensverträgen)
4. Post-conflict-management and peace-building (Post-Konflikt Management und zivile Friedensschaffung)

Entlang dieser Linien wurden u.a. folgende Themen (hier auszugsweise wiedergegeben) in Workshops in vergleichender Betrachtung vertieft und diskutiert:

- Gender und Konflikteskalation:

- Wie können Frauen angesichts ideologischer, d.h. ethnischer, religiöser oder nationalistischer Identitäts-Konstruktionen zu einem übergeordneten, antinationalistischen und integrativen Sichtweise gelangen?
- Unter welchen Bedingungen werden ethnische, religiöse oder gender- Identitäten politisiert bzw. militarisiert ?

- Welche Erfahrungen machen Frauen bei dem Versuch, Konflikteskalation auf allen Ebenen (Klasse, Religion, Ethnizität etc.) zu verhindern ?
- Sind – prinzipiell - strategische Allianzen mit IslamistInnen möglich, um eine Konflikteskalation zu vermeiden/zu reduzieren?
- Wie können Frauen dem Problem des „Islamischen Fundamentalismus“ begegnen, ohne den Islam als Religion zu diskriminieren?

- Intervention dritter Parteien in Konflikten:

- Inwiefern wurden bei Interventionen dritter Parteien (z.B. im Rahmen der Oslo Friedensabkommen, der UN-Kommission zu Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan) Frauen miteinbezogen bzw. in wie weit wurde gender, d.h. eine geschlechtsspezifische Kategorie als ein wesentlicher Aspekt für eine Konfliktlösung wahrgenommen und beachtet ?
- Inwieweit führen die üblichen Mechanismen internationaler Interventionen zu Ineffizienz bei der Konfliktlösung und welche Lehren können daraus gezogen werden? (gender-Blindheit, Ignorieren von zivilgesellschaftlichen Organisationen/ grassroot organisations)

- Lösungsansätze und Alternativen:

- Welche politischen Institutionen und Strategien im Rahmen ziviler Friedensschaffung und Konflikttransformationen fördern die Gleichstellung von Männern und Frauen und tragen zu einer Verbesserung der Situation von Frauen bei?
- Wie lassen sich Feindbilder auf der Ebene von Bildung/ Erziehung und Dialog dekonstruieren?
- Welche allgemeinen Erfahrungen lassen sich aus feministisch und antinationalistisch geprägter Friedensarbeit in Nordirland, Zypern, Israel-Palästina, Ex-Jugoslawien usw. ziehen?

Im Zuge der lebhaften und auch kontroversen Diskussionen über praxisnahe und politische Fragen wurden konkrete Empfehlungen auf drei Ebenen (Forschung, Aktivismus/ Training/ capacity building und Politik) erarbeitet. Aus diesen ist der Erfolg der Vienna Conference für das Projekt deutlich, d.h. es wurden zahlreiche Vorschläge für eine Intensivierung der Arbeit eingebracht, die bereits in ersten Konzepten für Teilprojekte mündeten.

Forschungsvorhaben:

- Multidisziplinäre Forschung über Konfliktursachen
- Oral history/“Herstory“ Projekte

- Vergleichende Forschungsprojekte zum Thema "Women and citizens' rights - Algeria and Palestine" (Arbeitstitel)
- Im Rahmen des erwähnten "Competence Center Promoting Peace and Preventing Violence": (u.a.) Erstellung einer Datenbank über Frauen in Funktionen als Vermittlerinnen, Verhandlerinnen, Mediatorinnen.

Aktivismus/ capacity building:

- Training für Frauen im Bereich Kommunikation und Verhandlungstechnik
- Polizeiseminare zur Sensibilisierung der Polizei bzw. Armee in Fragen der geschlechterspezifischen Situation in Konflikten
- Aufbau einer sog. „Bildungs-/ Erziehungskultur“ auf lokaler Ebene (Beispiel: Nordirland)
- Grenzüberschreitende Kommunikation und Zusammenarbeit (Beispiel Israel-Palästina, Bosnien-Serbien, Indien-Pakistan)

Politik:

Hier wurden Vorschläge gemacht, wie sich das Projekt mit der Unterstützung von konkreten Strategien bereits bestehender Initiativen in den einzelnen Euro-Med Konfliktregionen befassen und diese fördern kann. Vor allem der vergleichende Aspekt von Konfliktlösungsstrategien spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle.

Bei den Einleitungsreferaten und Podiumsdiskussionen öffneten sich immer wieder theoretische Horizonte, die in der modernen anthropologischen und sozialwissenschaftlichen Forschung über die Region eine Rolle spielen: Familism und feminism, individuality und relationality; immer wieder wurden auch die Konzepte von Zivilgesellschaft, Staatsbürgerschaft, Rechte, Sicherheit, Stabilität, Dialog etc., die im internationalen politischen Prozess universalistisch bzw. sehr allgemein verwendet werden, auf ihre Tragfähigkeit für effektive Konfliktlösung im Mittelmeerraum hinterfragt.

Gesucht wurde auch nach Konzepten, die Ergebnisse und Überlegungen für konkrete Konfliktsituationen anwendbar zu machen. Ebenso wurden Strategien beraten, die Resultate der Vienna Conference in den Barcelona Prozess und die Euromediterrane Partnerschaft auf verschiedenen politischen Ebenen einfließen zu lassen. Die Konferenz verstand sich als work-in-progress und konkrete Ideen zur Umsetzung von regionalen bzw. vergleichenden Projekten sollen im Jahr 2001 fortlaufend entwickelt werden.

Core Group:

Nahla Abdo – Wissenschaftlerin und politische Aktivistin, Professorin der Soziologie/Carleton University/Kanada

Nergis Canefe – Türkei/Großbritannien; European Institute, London School of Economics

Marie-Aimée Hélié-Lucas – Algerien/Frankreich; Aktivistin, Wissenschaftlerin an der Columbia University/USA; Gründerin und internationale Koordinatorin des Solidaritätsnetzwerkes „Women Living Under Muslim Laws“

Kirsi Henriksson – Finnland; Historikerin, Wissenschaftlerin am Tampere Peace Research Institute und an der Universität von Tampere, Finnland

Suad Joseph – Libanon/USA/Ägypten; Professorin für Anthropologie und Women's Studies an der Universität von Kalifornien, Davis; Direktorin des Education Abroad Study Center an der Amerikanischen Universität in Kairo

Azza M. Karam – Ägypten/Nordirland; Programm Manager und Vortragende für Politikwissenschaften am Centre for the Study of Ethnic Conflict, Queen's University Belfast

Verena Klemm – Deutschland; Gastprofessorin für Arabische und Islamische Studien an der Universität von Würzburg, Deutschland

Valentine M. Moghadam – Iran/USA; Direktorin für Frauenforschung und Dozentin für Soziologie an der Illinois State University, USA

Zazi Sadou – Algerien; Gründerin der Organisation Rassemblement Algérie des Femmes Democrat

Simona Sharoni – Israel/USA/Palästina; Dozentin für Friedensfragen und Konfliktlösungsforschung und akademische Direktorin des Peace & Conflict Resolution Semester an der American University in Washington DC, USA